Entwurf eines Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket)
Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Gesetzentwurf

Anlagen: - 3 - (4-fach)

Anliegende Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Entwurf eines Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket) mit Beschlussvorschlag und
Sprechzettel für den Regierungssprecher übersende ich mit der Bitte, die Beschlussfassung der Bundesregierung im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes in der Kabinetsitzung am 23. März 2020 herbeizuführen.


Der Entwurf sieht insbesondere folgende Inhalte vor:

  - eine befristete Aussetzung der Berücksichtigung von Vermögen,
  - eine befristete Anerkennung der tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung als angemessen und
  - Erleichterungen bei der Berücksichtigung von Einkommen in Fällen einer vorläufig Entschuldigung.

• Bei vielen Familien reduziert sich aktuell das Einkommen durch Kurzarbeit, Arbeitslosengeld oder geringere Einkommen oder Einnahmen. Der Kinderzuschlag soll befristet so umgestaltet werden, dass er für Familien, die die Leistung beantragen, die aktuelle krisenbedingte Lebenslage besser erfasst. Die Prüfung des Kinderzuschlags soll ausnahmsweise auf das Einkommen im letzten Monat vor Antragstellung bezogen werden. Zudem erfolgt eine befristete Aussetzung der Befrachtung des Vermögens, um die Leistung unbürokratischer zugänglich zu machen und die aktuellen Notsituationen leichter abzufangen. Um die Familienkasse zu entlasten und Familien im Kinderzuschlag einfacher zu unterstützen, soll außerdem eine einmalige Verlängerung für sogenannte Bestandsfälle mit dem höchstmöglichen Kinderzuschlag eingeführt werden.


• Um Problemen bei der Saisonarbeit insbesondere im Bereich der Landwirtschaft durch die Corona-Krise Rechnung zu tragen, sollen die Zeitgrenzen für die geringfügige Beschäftigung in Form der kurzfristigen Beschäftigung befristet auf eine Höchstdauer von fünf Monate oder 115 Tage ausgeweitet werden.

Gesetzen erbringen. Der besondere Sicherstellungsauftrag gilt sachlich nur, so-
weit die sozialen Dienstleister und Einrichtungen nicht mit vorrangigen verfüg-
baren Mitteln ihren Bestand absichern können. Er umfasst alle sozialen Dienstleister, die
mit den Leistungsträgern im Zeitpunkt des Inkrafttretens von Maßnahmen nach
dem Infektionsschutzgesetz in Leistungsbeziehungen stehen. Er gilt zeitlich nur,
 wenn aufgrund von Maßnahmen zur Gesundheitsprävention, insbesondere nach
dem Infektionsschutzgesetz die Zusammenarbeit zwischen den Leistungsträgern
 und den sozialen Dienstleistern gestört ist, längstens aber bis zum 30. September
Gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) und der Sozialen Pflegeversicherung
(SGB XI) sind von der Regelung ausgenommen. Diese Leistungsträger sind nach
den für sie einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen bereits in Verfahren zur Si-
cherung der von ihnen beauftragten Einrichtungen und Dienste eingebunden.

- Das Arbeitszeitgesetz bedarf einer Verordnungsermächtigung, um in der derzeiti-
gen Situation der Corona-Pandemie bundeseinheitliche Ausnahmen von den Ar-
beitszeitvorschriften zu ermöglichen. Die Regelung soll dazu beitragen, die Auf-
rechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, des Gesundheitswesens
und der pflegerischen Versorgung, der Daseinsvorsorge oder die Versorgung der
Bevölkerung mit existentiellen Gütern einschließlich landwirtschaftlicher Produkte
sicherzustellen.

- Auch die Weiterarbeit oder Wiederaufnahme einer Beschäftigung nach Rentenein-
tritt soll erleichtert werden. Das geltende Recht sieht Beschränkungen beim Zu-
sammentreffen von Rente und Hinzuvordienst vor und könnte diejenigen, die in
der aktuellen Situation insbesondere im medizinischen Bereich mit ihrer Arbeits-
kraft Unterstützung leisten wollen, an ihrem Einsatz hindern. Durch die deutliche
Anhebung der kalenderjährlichen Hinzuvordienstgrenze von 6.300 Euro auf
44.590 Euro sollen Einkünfte bis zu dieser Höhe keine Kürzung der Rente bewir-

- Die Möglichkeit der Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungsträger zur
schriftlichen Abstimmung wird erweitert.

Die Bundesministerien, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und
die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wurden be-
teiligt und haben keine Einwände erhoben.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat die Rechtsprüfung vor-
genommen.
Der Präsident des Bundesrechnungshofs wurde beteiligt und hat keine Einwände erhoben.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Die sich aus diesem Gesetz ergebenden Ausgaben sind teilweise von den Kreisen und kreisfreien Städten zu tragen (Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes).


Aufgrund der zeitlichen Befristung der Anhebung der Hinzuzufiendienstgrenze ist die Kostenwirkung begrenzt und dürfte sich je nach Verhalten im mittleren zweistelligen Millionenbereich bewegen.

[Unterschrift]
Beschlussvorschlag

Die Bundesregierung beschließt die von dem Bundesminister für Arbeit und Soziales vorgelegte Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Entwurf eines Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket).
Das Bundeskabinett hat heute eine Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Entwurf eines Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket) beschlossen.

Der Entwurf sieht insbesondere folgende Inhalte vor:

  - eine befristete Aussetzung der Berücksichtigung von Vermögen,
  - eine befristete Anerkennung der tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung als angemessen und
  - Erleichterungen bei der Berücksichtigung von Einkommen in Fällen einer vorläufigen Entscheidung.

Für die Familien, die Einkommenseinbrüche durch die Corona-Krise erleiden, soll ein Zugang zum Kinderzuschlag geschaffen werden, der die veränderte Lebenslage zeitnah zur Antragstellung abbildet und die plötzlich veränderte Situation in der Familie früher berücksichtigt. Einkommenseinbrüche sollen so besser verkraftet werden können.


Um Problemen bei der Saisonarbeit insbesondere im Bereich der Landwirtschaft durch die Corona-Krise Rechnung zu tragen, sollen die Zeitgrenzen für die geringfügige Beschäftigung in Form der kurzfristigen Beschäftigung befristet auf eine Höchstdauer von fünf Monate oder 115 Tage ausgeweitet werden.

Das Arbeitszeitgesetz wird um eine Verordnungsermächtigung ergänzt, um in der derzeitigen Situation der Corona-Pandemie durch Rechtsverordnung bundeseinheitliche Ausnahmen vom Arbeitszeitgesetz zu erlassen. Die Regelung soll dazu beitragen, im Notfall die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, des Gesundheitswesens und der pflegerischen Versorgung, der Daseinsvorsorge oder die Versorgung der Bevölkerung mit existentiellen Gütern (z. B. Lebensmittel einschließlich landwirtschaftlicher Produkte, Hygieneartikel) sicherzustellen.


Soziale Dienstleister und Einrichtungen sollen alle ihnen nach den Umständen möglichen, zumutbaren und rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausschöpfen, um zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie beizutragen, sei es durch Zurverfügungstellung von Betriebsmitteln, Räumlichkeiten oder Personal. Zugleich sollen sie geschützt werden, damit sie aufgrund der Coronavirus-Krise nicht dauerhaft in ihrem Bestand gefährdet sind und wichtige Infrastrukturen erhalten bleiben. Das betrifft insbesondere Werkstätten für behinderte Menschen,
Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Entwurf eines Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2
(Sozialschutz-Paket)

A. Problem und Ziel


Der Kinderzuschlag soll für Familien, die in den Einkommensbereich der Leistung fallen, zeitlich befristet umgestaltet werden, um die aktuelle krisenbedingte Lebenslage besser zu erfassen.

Das Arbeitszeitgesetz bedarf einer Verordnungsermächtigung, um in außergewöhnlichen Notfällen mit bundesweiten Auswirkungen, insbesondere in epidemischen Lagen von nationaler Tragweite nach § 5 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes bundeseinheitliche Ausnahmen von den Arbeitszeitvorschriften zu ermöglichen.


B. Lösung


Auch für Berechtigte im Recht der Sozialen Entschädigung sollen die erleichterten Regeln gelten. Die inhaltliche Übernahme der Übergangsregelungen des SGB II und des SGB XII für die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt im Sozialen Entschädigungsrecht nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) stellt sicher, dass in allen Existenzsicherungssystemen ein vergleichbarer Schutz besteht.

Für die Familien, die Einkommenseinbrüche durch die Corona-Krise erleiden, soll ein Zugang zum Kinderzuschlag geschaffen werden, der die veränderte Lebenslage zeitnah zur Antragstellung abbildet und die plötzlich veränderte Situation in der Familie früher berücksichtigt.

Daher soll für die Prüfung des Kinderzuschlags ausnahmsweise - statt an das Einkommen aus den letzten sechs Monaten vor Antragstellung - an das aktuelle Einkommen der Eltern im letzten Monat vor Antragstellung angeknüpft werden.

Außerdem soll eine einmalige Verlängerung für sogenannte Bestandsfälle mit dem höchstmöglichen Kinderzuschlag eingeführt werden, damit die Leistungen möglichst ohne Unterbrechung gewährt werden können.

Unterstützung bei Einkäufen, Begleitung bei Arztbesuchen, telefonische Beratung in Alltagsangelegenheiten). Erfordert die Coronavirus SARS-CoV-2 Krise auch den Einsatz in anderen Bereichen (z. B. Logistik für die Lebensmittelversorgung oder Erntehelfer), kann die Erklärung im Rahmen der rechtlich zulässigen Möglichkeiten und der Zumutbarkeit auch auf diese Bereiche ausgedehnt werden. Durch den Sicherstellungsauftrag wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, durch welche die Leistungsträger weiterhin an die sozialen Dienstleister zahlen können und zwar unabhängig davon, ob diese die Leistung tatsächlich ausführen oder nicht. Der Sicherstellungsauftrag soll durch sachlich subsidiäre und zeitlich begrenzte monatliche Zuschüsse der Leistungsträger an die sozialen Dienstleister erfolgen. Der Sicherstellungsauftrag umfasst alle sozialen Dienstleister, die mit den Leistungsträgern im maßgeblichen Zeitpunkt des Inkrafttretens von Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz in Leistungsbeziehungen stehen.

Mit der Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes wird eine Verordnungsermächtigung in das Gesetz eingefügt, um durch Rechtsverordnung in außergewöhnlichen Notfällen mit bundesweiten Auswirkungen, insbesondere in epidemischen Lagen von nationaler Tragweite nach § 5 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes, Ausnahmen vom Arbeitszeitgesetz erlassen zu können. Die Regelung soll dazu beitragen, im Notfall die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, des Gesundheitswesens und der pflegerischen Versorgung, der Daseinsvorsorge oder die Versorgung der Bevölkerung mit existentiellen Gütern sicherzustellen.


Das Gesetz sieht zudem vor, bei während des Bezugs von Kurzarbeitergeld aufgenommenen Beschäftigungen in systemrelevanten Branchen und Berufen befristet auf die Anrechnung auf das Kurzarbeitergeld teilweise zu verzichten. Dadurch soll ein Anreiz geschaffen, auf freiwilliger Basis vorübergehend Tätigkeiten in systemrelevanten Bereichen, wie z. B. der Landwirtschaft, aufzunehmen.

Der zeitliche Rahmen für kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigung wird insbesondere mit Blick auf die Saisonkräfte in der Landwirtschaft befristet ausgeweitet, da diese aufgrund der Corona-Pandemie in deutlich geringerer Anzahl zur Verfügung stehen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand


Einschätzungen zur Zahl der zusätzlichen Leistungsberechtigten sind vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklungen mit großen Unsicherheiten verbunden. Je 100 000 zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften im SGB II, die für einen Zeitraum von sechs Monaten An-

Unter Berücksichtigung der Branchen- und Einkommensstruktur könnten bis zu 700 000 der 1,9 Millionen Solo-Selbständigen und bis zu 300 000 der 1,6 Millionen Selbständigen mit Angestellten für eine Antragsstellung in Frage kommen. Zusammen mit weiteren Anspruchsberichtigungen wäre eine Größenordnung von 1,2 Millionen zugehenden Bedarfsgemeinschaften infolge der Corona-Krise und dieser Regelung möglich. Bei sechs Monaten Leistungsbezug entsprechen dies Mehrausgaben von rund 9,6 Milliarden Euro. Davon entfallen 7,5 Milliarden Euro auf den Bund (davon 5,5 Milliarden Euro für Arbeitslosengeld II und 2,0 Milliarden Euro für die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft) und 2,1 Milliarden Euro auf die Kommunen.


Aufgrund der zeitlichen Befristung der Maßnahme ist die Kostenwirkung für die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze begrenzt und dürfte sich je nach Verhalten im mittleren zweistelligen Millionenbereich bewegen.

Die befristete Aussetzung der Anrechnung des Entgelts von neu aufgenommenen Be- schäftigungen in systemrelevanten Branchen und Berufen auf das Kurzarbeitergeld in § 421c SGB III führt nicht zu Mehrausgaben für Kurzarbeitergeld im Haushalt der Bundesarbeitsagentur für Arbeit. Ohne diese Änderung würden aufgrund fehlender Anreize vermutlich
kaum Nebenbeschäftigungen aufgenommen, so dass für die Ausgaben für Kurzarbeiter-
geld keine Veränderungen zu erwarten sind.

Für die **Ausweitung des zeitlichen Rahmens** für kurzfristige sozialversicherungsfreie Be-
schäftigung wird mit nicht bezifferbaren Beitragsmindereinnahmen in den Haushalten der
Sozialversicherungsträger gerechnet. Sie dürften jedoch die Haushalte der Sozialversiche-
rungsträger nicht zu stark belasten, da die Regelung nur für einen Zeitraum von acht Mo-
naten Anwendung findet und zudem angenommen wird, dass durch die befristete Auswei-
tung der Zeitgrenzen bei kurzfristiger Beschäftigung in erster Linie Arbeitskräfte gewonnen
werden, die zuvor keine Beitragszahler der Sozialversicherung aufgrund abhängiger Be-
schäftigung waren.

**E. Erfüllungsaufwand**

**E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Ausgehend von 1,2 Millionen zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften im Bereich des SGB II
und einer Dauer von 120 Minuten für den Erstantrag auf Leistungen zur Sicherung des
Lebensunterhaltes nach dem SGB II ergibt sich ein Zeitaufwand von insgesamt rund 140
Millionen Minuten.

Die Anzahl der Personen über der Regelaltersgrenze, die bisher selbst ein Einkommen
oberhalb der jeweiligen Einkommensgrenze hatten, beziehungsweise als gemischte Be-
darfsgemeinschaft durch das Einkommen ihres Partners und ihrer Partnerin mitversorgt
wurden, welches nun aufgrund der aktuellen COVID-19-Pandemie wegfällt, wird auf 70 000
geschätzt.

Für diese Erstanträge im Bereich des SGB XII wird von einem Zeitaufwand von 120 Minuten
je Fall ausgegangen. Insgesamt entsteht hieraus ein einmaliger Erfüllungsaufwand von
rund 140 000 Zeitstunden für die Bürgerinnen und Bürger.

Für den Kinderzuschlag ist ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die durch den Gesetz-
entwurf zusätzlich bzw. früher erreichten Berechtigten anzunehmen. Zugleich ergeben sich
durch die vorgesehenen Vereinfachungen erhebliche Reduzierungen des Aufwands bei der
Nachweispflicht und durch verlängerte Bewilligungszeiträume. Es wird angenommen, dass
beide Effekte sich im Wesentlichen ausgleichen.

Durch die Regelungen zum Einsatz und zur Absicherung von sozialen Dienstleistern ist für
Bürgerinnen und Bürger kein Erfüllungsaufwand zu erwarten, da die Regelungen nur die
Rechtsverhältnisse zwischen den sozialen Dienstleistern und den Leistungsträgern betref-
fen.

Durch die befristete Regelung in § 421c SGB III ergibt sich kein zusätzlicher Erfüllungsauf-
wand für Bürgerinnen und Bürger im Einzelfall. Jedoch wird aufgrund der Regelung vermut-
lich die Fallzahl steigen.

Für die Ausweitung des zeitlichen Rahmens für kurzfristige sozialversicherungsfreie Be-
schäftigung fällt für Bürgerinnen und Bürger kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand an.

**E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Durch die Regelungen zum Einsatz der sozialen Dienstleister entsteht für die sozialen
Dienstleister ein Erfüllungsaufwand in derzeit nicht bezifferbarer Größe. Der Erfüllungsauf-
wand ist insoweit davon abhängig, in welchem Umfang die sozialen Dienstleister Arbeitskräfte, Räumlichkeiten und Sachmittel für die Bewältigung von Auswirkungen der Coronavirus SARS-CoV-2-Krise zur Verfügung stellen können. Durch die Regelungen zur Absicherung sozialer Dienstleister entsteht für die sozialen Dienstleister einmaliger Erfüllungsaufwand für die Beantragung der Zuschusszahlungen in einer geschätzten Höhe von rund 8 Millionen Euro.

Durch die befristete Regelung in § 421c SGB III entfällt die Anrechnung von Entgelten aus entsprechenden Nebenbeschäftigungen auf das Kurzarbeitergeld. Jedoch müssen die Arbeitgeber prüfen, ob das Soll-Entgelt nicht überstiegen wird. Da die Fallzahlen durch die Regelung vermutlich steigen werden, dürfte in Summe der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft in nicht quantifizierbarer Größe steigen.

Gleichzeitig entfällt für die Geltungsdauer der Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz der laufende Erfüllungsaufwand für die Abrechnung der erbrachten Leistungen und die Begründung neuer Rechtsverhältnisse.

Durch die Ausweitung des zeitlichen Rahmens für kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigung wird die Wirtschaft tendenziell entlastet, da sie kurzfristig Beschäftigte, die in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei sind, länger im Betrieb halten können.

Es ist daher davon auszugehen, dass insgesamt kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft entsteht.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Die Vorgaben zur Absicherung sozialer Dienstleister sind Informationspflichten der Wirtschaft. Auch der entfallende Erfüllungsaufwand ist den Informationspflichten zuzurechnen, so dass insgesamt keine zusätzlichen Informationspflichten entstehen.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung


Für die Bearbeitung der Grundversicherungsbescheide der zu erwartenden 70 000 neuen Leistungsberechtigten im Bereich des Vierten Kapitels des SGB XII ist mit einer Dauer von jeweils 80 Minuten je Fall zu rechnen aufgrund des vereinfachten Bewilligungsverfahrens. Hierdurch entsteht ein einmaliger Erfüllungsaufwand aus Lohnkosten von 3,95 Millionen Euro (564 000 Euro je 10 000 Fälle) bei den Kommunen als Sozialhilfeträger. Hinzu kommt ein einmaliger Erfüllungsaufwand aus Sachkosten in Form von Porto- und Druckkosten für den neuen Leistungsbescheid in Höhe von 70 000 Euro (1 Euro je Fall).

Die Neugestaltung des Kinderzuschlags führt auch bei der Verwaltung zu einem veränder- 
ten Aufwand. Ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand entsteht für die durch den Gesetzentwurf 
zusätzlich bzw. früher erreichten Berechtigten. Zudem gibt es zu Beginn und zum Ende der 
vorgesehenen Ausnahmeregelungen jeweils einen einmaligen Umstellungsaufwand. Zu-
gleich ergeben sich durch die vorgesehenen Vereinfachungen erhebliche Reduzierungen 
des Aufwands bei der Einkommensprüfung und durch verlängerte Bewilligungszeiträume. 
Es wird angenommen, dass Mehraufwand und Minderaufwand sich im Wesentlichen aus-
gleichen.

Für die Verwaltung entsteht durch die Regelungen zum Einsatz und zur Absicherung sozi-
aler Dienstleister einmaliger Erfüllungsaufwand für die Antragsprüfung und -bescheidung 
die Jahr- 
und Nachprüfungen im Rahmen des Erstattungsanspruchs nach Absatz 4.

Für die Geltungsdauer der Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz entfällt gleichzei-
tig auch für die Verwaltung der laufende Erfüllungsaufwand für die Abrechnung der erbrach-
ten Leistungen und die Begründung neuer Rechtsverhältnisse. Für die betroffenen Leis-
tungsträger entsteht damit kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

Durch die befristete Anhebung der Hinzuverdienstgrenze entsteht den Trägern der gesetz-
lichen Rentenversicherung einmaliger Erfüllungsaufwand aufgrund von Programmierarbei-
ten in Höhe von rund 31 000 Euro. In der Alterssicherung der Landwirte ist der Erfüllungs-
aufwand wegen der (bloßen) Aussetzung der Anwendung der Hinzuverdienstgrenze erheb-
lich geringer und nicht bezifferbar.

Durch die befristete Regelung in § 421c SGB III entfällt die Anrechnung von Entgelten aus 
entprechenden Nebenbeschäftigungen auf das Kurzarbeitergeld, jedoch muss geprüft 
werden, ob das Soll-Entgelt der ursprünglichen Beschäftigung nicht übersteigen wird und 
die Fallzahl wird vermutlich steigen.

Durch die befristete Ausweitung der Zeitgrenzen bei kurzfristiger Beschäftigung entsteht 
den Trägern den Sozialversicherungsträgern insbesondere aufgrund von Programmierar-
beiten ein einmaliger Erfüllungsaufwand, der nicht beziffert werden kann.

**F. Weitere Kosten**

Der Wirtschaft, einschließlich mittelständischer Unternehmen, entstehen keine direkten 
sonstigen Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucher-
preisniveau, sind nicht zu erwarten.
Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Entwurf eines Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2

(Sozialschutz-Paket)

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch


1. In der Inhaltsübersicht werden die Angaben zu den §§ 67 bis 70 wie folgt gefasst:

„§ 67 Vereinfachtes Verfahren für den Zugang zu sozialer Sicherung aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2; Verordnungsermächtigung

§§ 68 bis 70 (weggefallen)“.

2. § 67 wird wie folgt gefasst:

„§ 67
Vereinfachtes Verfahren für den Zugang zu sozialer Sicherung aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2; Verordnungsermächtigung


(2) Abweichend von den §§ 9, 12 und 19 Absatz 3 wird Vermögen für die Dauer von sechs Monaten nicht berücksichtigt. Satz 1 gilt nicht, wenn das Vermögen erheblich ist; es wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller dies im Antrag erklärt.

(3) § 22 Absatz 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung für die Dauer von sechs Monaten als angemessen gelten. Nach Ablauf des Zeitraums nach Satz 1 ist § 22 Absatz 1 Satz 3 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Zeitraum nach Satz 1 nicht auf die in § 22 Absatz 1 Satz 3 genannte Frist anzurechnen ist. Satz 1 gilt nicht in den Fällen, in denen im vorangegangenen Bewilligungszeitraum die angemessenen und nicht die tatsächlichen Aufwendungen als Bedarf anerkannt wurden.
(4) Sofern über die Leistungen nach § 41a Absatz 1 Satz 1 vorläufig zu entscheiden ist, ist über den Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts abweichend von § 41 Absatz 3 Satz 1 und 2 für sechs Monate zu entscheiden. In den Fällen des Satzes 1 entscheiden die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende abweichend von § 41a Absatz 3 nur auf Antrag abschließend über den monatlichen Leistungsanspruch.


**Artikel 2**

**Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch**


1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe § 421b die folgende Angabe eingefügt:

   „§ 421c Vorübergehende Sonderregelungen im Zusammenhang mit Kurzarbeit“.

2. Nach § 421b wird folgender § 421c eingefügt:

   „§ 421c
   Vorübergehende Sonderregelungen im Zusammenhang mit Kurzarbeit

**Artikel 3**

**Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch**


1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 115 wie folgt gefasst:

   „§ 115 Geringfügige Beschäftigung und geringfügige selbständige Tätigkeit“.

2. Nach 64 Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

   „(3a) Abweichend von Absatz 3 können die Selbstverwaltungsorgane und besonderen Ausschüsse nach § 36a aus wichtigen Gründen ohne Sitzung schriftlich abstimmen.“

3. § 115 wird wie folgt gefasst:

   „§ 115

   Geringfügige Beschäftigung und geringfügige selbständige Tätigkeit

   Vom 1. März 2020 bis einschließlich 31. Oktober 2020 gilt § 8 Absatz 1 Nummer 2 mit der Maßgabe, dass die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens fünf Monate oder 115 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist, es sei denn, dass die Beschäftigung berufsmäßig ausgeübt wird und ihr Entgelt 450 Euro im Monat übersteigt.“

**Artikel 4**

**Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch**


1. der Betrag von 6 300 Euro durch den Betrag von 44 590 Euro ersetzt wird und

2. der Hinzuvordienstdeckel keine Anwendung findet.“
Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Artikel 5


1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach der Angabe zu § 140 folgende Angabe angefügt:
   „§ 141 Übergangsregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie; Verordnungsermächtigung“.

2. Folgender § 141 wird angefügt:

   „§ 141
   Übergangsregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie; Verordnungsermächtigung
   (2) Abweichend von § 2 Absatz 1, § 19 Absatz 1, 2 und 5, § 27 Absatz 1 und 2, § 39, § 41 Absatz 1, § 43 Absatz 1, § 43a Absatz 2 und § 90 wird Vermögen für die Dauer von sechs Monaten nicht berücksichtigt. Satz 1 gilt nicht, wenn das Vermögen erheblich ist; es wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller dies im Antrag erklärt.
   (3) Abweichend von § 35 und § 42a Absatz 1 gelten die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung für die Dauer von sechs Monaten als angemessen. Nach Ablauf des Zeitraums nach Satz 1 ist § 35 Absatz 2 Satz 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Zeitraum nach Satz 1 nicht auf die in § 35 Absatz 2 Satz 2 genannte Frist anzurechnen ist. Satz 1 gilt nicht in den Fällen, in denen im vorangegangenen Bewilligungszeitraum die angemessenen und nicht die tatsächlichen Aufwendungen als Bedarf anerkannt wurden.
   (4) Sofern Geldleistungen der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach § 44a Absatz 1 vorläufig oder Geldleistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt vorschussweise nach § 42 des Ersten Buches zu bewilligen sind, ist über den monatlichen Leistungsanspruch nur auf Antrag der leistungsberechtigten Person abschließend zu entscheiden; § 44a Absatz 5 Satz 1 findet keine Anwendung.

Artikel 6

Änderung des Bundeskinder-geldgesetzes


2. Nach Absatz 4 werden die folgenden Absätze 5 und 6 eingefügt:


3. Die bisherigen Absätze bis 10 werden die Absätze 7 bis 12.

Artikel 7

Änderung des Bundesversorgungsgesetzes


„§ 88a


(2) Abweichend von den §§ 25c und 25f wird Vermögen für die Dauer von sechs Monaten nicht berücksichtigt. Satz 1 gilt nicht, wenn das Vermögen erheblich ist; es wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller dies im Antrag erklärt."

(4) Sofern Geldleistungen der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt vorschussweise nach § 42 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch zu bewilligen sind, ist über den monatlichen Leistungsanspruch nur auf Antrag der leistungsberechtigten Person abschließend zu entscheiden.


(6) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates den in Absatz 1 genannten Zeitraum längstens bis zum 31. Dezember 2020 zu verlängern.“

Artikel 8

Änderung des Arbeitszeitgesetzes


Artikel 9

Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte


Artikel 10

Gesetz über den Einsatz der Einrichtungen und sozialen Dienste zur Bekämpfung der Coronavirus SARS-CoV-2 Krise in Verbindung mit einem Sicherstellungsauftrag

(Sozialdienstleister-Einsatzgesetz – SodEG)

§ 1

Einsatz sozialer Dienstleister zur Krisenbewältigung

Die Gewährung von Zuschüssen nach diesem Artikel ist davon abhängig, dass der soziale Dienstleister mit der Antragstellung erklärt, alle ihm nach den Umständen zumutbaren und rechtlich zulässigen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Arbeitskräfte, Räumlichkeiten und Sachmittel in Bereichen zur Verfügung zu stellen, die für die Bewältigung von Auswirkungen der Corona-Virus SARS-CoV-2 Krise geeignet sind. In der Erklärung nach Satz 1 hat der soziale Dienstleister Art und Umfang dieser zumutbaren und rechtlich zulässigen Unterstützungsmöglichkeiten anzuzeigen und seine tatsächliche Einsatzfähigkeit glaubhaft zu machen.

§ 2

Sicherstellungsauftrag der Leistungsträger

Umsetzung des Sicherstellungsauftrages

§ 3


§ 4

Erstattungsanspruch

Die Leistungsträger haben einen nachträglichen Erstattungsanspruch gegenüber sozialen Dienstleistern, soweit den sozialen Dienstleistern im Zeitraum der Zuschussgewährung vorrangige Mittel aus

1. Rechtsverhältnissen nach § 2 Satz 2, die vorbehaltlich der hoheitlichen Entscheidungen im Sinne von Absatz 2 Satz 3 weiterhin möglich sind,
2. Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz,
3. Leistungen für den Verbleib in Beschäftigung nach dem Sechsten Abschnitt des Dritten Kapitels des Dritten Buches Sozialgesetzbuch,
4. Zuschüssen des Bundes und der Länder an soziale Dienstleister auf Grundlage gesetzlicher Regelungen

tatsächlich zugeflossen sind (bereite Mittel). Ansprüche und Forderungen, die nicht zu tatsächlichen monatlichen Geldzuflüssen führen, sind keine bereiten Mittel. Der Erstattungsanspruch entsteht erst dann, wenn die Leistungsträger vollständige Kenntnis von den Tatsachen nach Satz 1 erlangen und frühestens drei Monate nach der letzten Zuschusszahlung; er überschreitet nicht die Höhe der insgesamt geleisteten Zuschüsse.

§ 5

Zuständigkeit und Geltungsdauer

Die Länder bestimmen die zuständigen Behörden für die Aufgabenwahrnehmung nach diesem Gesetz, soweit sich auch die Zuständigkeit der Leistungsträger für die Aufgabenausführung im Sozialgesetzbuch nach Landesrecht richtet; dabei können die Länder auch eine gegenüber § 3 Satz 5 nach oben abweichende Höchstgrenze für die Zuschusshöhe bestimmen. Die übrigen Leistungsträger können im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, im Bereich des Aufenthaltsgesetzes zusätzlich im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, eine von § 3 Satz 5 nach oben abweichende Höchstgrenze für die Zuschusshöhe bestimmen. Der besondere Sicherstellungsauftrag endet zum 30. September 2020. Die Bundesregierung wird ermäch-

**Artikel 11**

**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.


Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen


Das geltende Rentenrecht sieht zwar bereits Regelungen vor, um eine Beschäftigung und eine Rente flexibel und individuell miteinander kombinieren zu können. Es führt aber bei Einkommen über 6.300 Euro pro Kalenderjahr zur Zahlung einer Teilrente und kann damit in der aktuellen Situation dazu führen, dass eine Weiterarbeit oder Wiederaufnahme einer Beschäftigung insbesondere von medizinischem Personal oder Beschäftigten in systemrelevanten Bereichen nicht erfolgt.

Im Kinderzuschlag richten sich Anspruch und Höhe der Leistung nach dem Einkommen der vergangenen sechs Monate (Bemessungszeitraum) für sechs Monate seit Antragstellung (sogenannter Bewilligungszeitraum).

Durch die Corona-Krise reduziert sich aktuell bei vielen Familien völlig unvorhergesehen das Einkommen. Sie sind in Kurzarbeit, beziehen Arbeitslosengeld oder haben geringere Einkommen durch den Wegfall von Überstunden oder Zulagen oder verringerte Einnahmen als Selbständige. Um die aktuelle krisenbedingte Lebenslage besser zu erfassen, soll der
Kinderzuschlag für Familien, die in den Einkommensbereich der Leistung fallen, zeitlich befristet umgestaltet werden.

Soziale Dienstleister in Deutschland sollen sich aktiv in die Bewältigung der Auswirkungen der Coronavirus-Krise einbringen. Sie sollen unter Ausschöpfung aller nach den Umständen zumutbaren Möglichkeiten sowie unter Berücksichtigung rechtlicher Rahmenbedingungen (z. B. arbeitsrechtliche Bestimmungen) Arbeitskräfte, Räumlichkeiten und Sachmittel in Bereichen zur Verfügung stellen, die für die Bewältigung von Folgen der Pandemie einsetzbar sind, insbesondere in der Pflege, und in sonstigen gesellschaftlichen und sozialen Bereichen. Zugleich sollen sie vor den Auswirkungen der Corona-Krise geschützt werden, damit sie nicht dauerhaft in ihrem Bestand gefährdet sind und ihre Dienstleistungen nach Aufhebung infektionsschutzrechtlicher Maßnahmen wiederaufnehmen können.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

1. Grundsicherung für Arbeitsuchende


– eine befristete Aussetzung der Berücksichtigung von Vermögen,
– eine weitergehende befristete Anerkennung der tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung als angemessen und
– Erleichterungen bei der Berücksichtigung von Einkommen in Fällen einer vorläufigen Entscheidung.


3. Kinderzuschlag

Für die Familien, die Einkommenseinbrüche durch die Corona-Krise erleiden, soll ein Zugang zum Kinderzuschlag geschaffen werden, der die veränderte Lebenslage zeitnah zur Antragstellung abbildet und die plötzlich veränderte Situation in der Familie früher berücksichtigt. Einkommenseinbrüche sollen so besser verkraftet werden können.

Daher soll für die Prüfung des Kinderzuschlags ausnahmsweise - statt an das Einkommen aus den letzten sechs Monaten vor Antragstellung - an das aktuelle Einkommen der Eltern
im letzten Monat vor Antragstellung angeknüpft werden. Zudem erfolgt die befristete Aussetzung der Berücksichtigung des Vermögens, um die Leistung noch besser und unbürokratischer zugänglich zu machen und um die aktuelle Notsituationen abzufangen.

Außerdem soll eine einmalige Verlängerung für sogenannte Bestandsfälle mit dem höchstmöglichen Kinderzuschlag eingeführt werden, damit die Leistungen möglichst ohne Unterbrechung gewährt werden können.

4. Arbeitszeitgesetz

Mit der Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes wird eine Verordnungsermächtigung in das Gesetz eingefügt, um durch Rechtsverordnung in außergewöhnlichen Notfällen mit bundesweiten Auswirkungen, insbesondere in epidemischen Lagen von nationaler Tragweite nach § 5 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes, Ausnahmen vom Arbeitszeitgesetz erlassen zu können. Die Regelung soll dazu beitragen, im Notfall die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, des Gesundheitswesens und der pflegerischen Versorgung, der Daseinsvorsorge oder die Versorgung der Bevölkerung mit existentiellen Gütern sicherzustellen.

5. Einsatz von sozialen Dienstleistern und Sicherstellungsauftrag


6. Selbstverwaltung

Die Möglichkeit der Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungsträger zur schriftlichen Abstimmung wird erweitert. Damit wird der Corona-Krise Rechnung getragen.

7. Hinzuverdienstrecht


8. Zeitlicher Rahmen für kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigung
Der zeitliche Rahmen für kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigung wird insbesondere mit Blick auf die Saisonkräfte in der Landwirtschaft befristet ausgeweitet, die diese aufgrund der Corona-Pandemie in deutlich geringerer Anzahl zur Verfügung stehen.

III. Alternativen
Keine.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt für die Änderungen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und im SGB XII sowie die Änderung im Bundesversorgungssetz aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 des Grundgesetzes (öffentliche Fürsorge) in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes. Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende, da hier die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse mit einer bundesgesetzlichen Regelung erforderlich ist (Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes). Nur durch die Gesetzgebung des Bundes lassen sich einheitliche Lebensverhältnisse gewährleisten. In der Bundesrepublik Deutschland bestehen hinsichtlich des Beschäftigungsstandes und Einkommensniveaus erhebliche regionale Unterschiede. Durch eine einheitliche Bundessgesetzgebung im Bereich der öffentlichen Fürsorge wird verhindert, dass sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland das Sozialgefüge auseinanderentwickelt.


bundeseinheitliche Regelung bestünde die Gefahr, dass es im bundesweiten Netz der sozialen Infrastruktur, welches für die Umsetzung der fürsorgerechtlichen und arbeitsmarktpolitischen Leistungen des Sozialstaates unabdingbar ist, zu dauerhaften Verwerfungen, zur Schließung von Einrichtungen und Diensten und zu Leistungsausfällen kommt.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und mit den völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland geschlossen hat, vereinbar.

Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe f der Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG verweist auf die Notfallregelung in Artikel 5 Absatz 4 der Arbeitsschutzrahmenrichtlinie 89/391/EWG. Diese Regelung erlaubt den Mitgliedstaaten, besondere Regelungen bei Vorkommnissen vorzusehen, die auf nicht von den Arbeitgebern zu vertretende anormale und unvorhersehbare Umstände oder auf außergewöhnliche Ereignisse zurückzuführen sind, deren Folgen trotz aller Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können.

Die vorgesehenen Zuschüsse der Leistungsträger an die sozialen Dienstleister sind keine Beihilfen im Sinne des EU-Rechts, denn sie beeinträchtigen nicht den Handel zwischen den Mitgliedstaaten.

Staatliche Beihilfen in der EU sind Finanzmittel eines Mitgliedstaates, die auf ein Unternehmen übertragen werden, beispielsweise direkte finanzielle Zuwendungen, Schuldenerlass, verbilligte Darlehen und auch Bürgschaften, Steuervergünstigungen oder die Bereitstellung von Grundstücken, Waren und Dienstleistungen zu Sonderkonditionen.

Staatliche Beihilfen sind in der EU gemäß Artikel 107 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) grundsätzlich mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie bestimmte Unternehmen, Wirtschaftszweige oder Industrien gegenüber ihren Mitbewerbern begünstigen und damit den freien Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt verzerren können. Rein innerstaatlicher Handel unterfällt damit nicht dem Anwendungsbereich der Artikel 107 bis 109 AEUV.

Im Bereich der Leistungen durch Leistungsträger nach dem SGB I oder durch das Bundesamt für Migration und Flüchtling fehlt es am Merkmal der Zwischenstaatlichkeit. Denn die Sozialträger erbringen nur Leistungen für ihre Versicherte sowie Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erbringt nur Leistungen für Menschen mit Sprachförderbedarf. Damit haben die Zuschüsse an die sozialen Dienstleister nur nationale Auswirkungen.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Das vereinfachte Verfahren in der Grundsicherung für Arbeitsuchende unterstützt die Jobcenter bei ihrer Aufgabenerledigung.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung dient.

Der Gesetzentwurf trägt zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG 8) bei: Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern. Gerade in einem Notfall mit bundesweiten Auswirkungen sollen die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt so gestaltet werden, dass die Menschen mit Zuversicht in ihre Zukunft blicken können. Mit dem Gesetzentwurf soll erreicht werden, dass die durch eine aktuelle Notsituation gefährdete wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber erhalten werden kann (Schlüsselindikator 8.4 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie).


3. Demografische Auswirkungen

Der Gesetzentwurf unterstützt die Demografiestrategie der Bundesregierung.

4. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand


Unter Berücksichtigung der Branchen- und Einkommensstruktur könnten bis zu 700 000 der 1,9 Millionen Solo-Selbständigen und bis zu 300 000 der 1,6 Millionen Selbständigen mit Angestellten für eine Antragstellung in Frage kommen. Zusammen mit weiteren Anspruchsberechtigten wäre eine Größenordnung von 1,2 Millionen zugehenden Bedarfsgemeinschaften infolge der Corona-Krise und dieser Regelung möglich. Bei sechs Monaten Leistungsbezug entspräche dies Mehrausgaben von rund 9,6 Milliarden Euro. Davon entfallen 7,5 Milliarden Euro auf den Bund (davon 5,5 Milliarden Euro für Arbeitslosengeld II und 2,0 Milliarden Euro für die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft) und 2,1 Milliarden Euro auf die Kommunen.


Aufgrund der zeitlichen Befristung der Maßnahme ist die Kostenwirkung für die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze begrenzt und dürfte sich je nach Verhalten im mittleren zweistelligen Millionenbereich bewegen.

Die befristete Aussetzung der Anrechnung des Entgelts von neu aufgenommenen Beschäftigungen in systemrelevanten Branchen und Berufen auf das Kurzarbeitergeld in § 421c SGB III führt nicht zu Mehrausgaben für Kurzarbeitergeld im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit. Ohne diese Änderung würden aufgrund fehlender Anreize vermutlich kaum Nebenbeschäftigungen aufgenommen, so dass für die Ausgaben für Kurzarbeitergeld keine Veränderungen zu erwarten sind.

Für die Ausweitung des zeitlichen Rahmens für kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigung wird mit nicht bezifferbaren Beitragsmindereinnahmen in den Haushalten der Sozialversicherungs träger gerechnet. Sie dürften jedoch die Haushalte der Sozialversicherungs träger nicht zu stark belasten, da die Regelung nur für einen Zeitraum von acht Monaten Anwendung findet und zudem angenommen wird, dass durch die befristete Ausweitung der Zeitgrenzen bei kurzfristiger Beschäftigung in erster Linie Arbeitskräfte gewonnen werden, die zuvor keine Beitragszahler der Sozialversicherung aufgrund abhängiger Beschäftigung waren.

5. Erfüllungsaufwand

Bürgerinnen und Bürger

Bei Bürgerinnen und Bürgern ergibt sich ausgehend von 1,2 Millionen zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften im Bereich des SGB II und einer Dauer von 120 Minuten für den Erstantrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II ein Zeitaufwand von insgesamt rund 140 Millionen Minuten.

Personen über der Regelaltersgrenze, die bisher selbst ein Einkommen oberhalb der jeweiligen Einkommensgrenze hatten, beziehungsweise als gemischte Bedarfsgemeinschaft durch das Einkommen ihres Partners und ihrer Partnerin mitversorgt wurden, welches nun aufgrund der aktuellen COVID-19-Pandemie wegfällt, werden auf 70 000 geschätzt.
Für diese Erstanträge wird von einem Zeitaufwand von 120 Minuten je Fall ausgegangen. Insgesamt entsteht hieraus ein einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 140 000 Zeitstunden für die Bürgerinnen und Bürger.

Für den Kinderzuschlag ist ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die durch den Gesetzentwurf zusätzlich bzw. früher erreichten Berechtigten anzunehmen. Zugleich ergeben sich durch die vorgesehenen Vereinfachungen erhebliche Reduzierungen des Aufwands bei der Nachweispflicht und durch verlängerte Bewilligungszeiträume. Es wird angenommen, dass beide Effekte sich im Wesentlichen ausgleichen.

Durch die Regelungen zum Einsatz und zur Sicherung sozialer Dienstleister ist für Bürgerinnen und Bürger kein Erfüllungsaufwand zu erwarten, da die Regelungen nur die Rechtsverhältnisse zwischen den sozialen Dienstleistern und den Leistungsträgern betreffen.

Durch die befristete Regelung in § 421c SGB III ergibt sich kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger im Einzelfall. Jedoch wird aufgrund der Regelung vermutlich die Fallzahl steigen.

Für die Ausweitung des zeitlichen Rahmens für kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigung fällt für Bürgerinnen und Bürger kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand an.

**Wirtschaft**

Durch die Regelungen zum Einsatz der sozialen Dienstleister entsteht für die sozialen Dienstleister ein Erfüllungsaufwand in derzeit nicht bezifferbarer Größe. Der Erfüllungsaufwand ist insoweit davon abhängig, in welchem Umfang die sozialen Dienstleister Arbeitskräfte, Räumlichkeiten und Sachmittel für die Bewältigung von Auswirkungen der Corona-virus SARS-CoV-2-Krise zur Verfügung stellen können. Durch die Regelungen zur Absicherung sozialer Dienstleister entsteht für die sozialen Dienstleister einmaliger Erfüllungsaufwand für die Beantragung der Zuschusszahlungen in einer geschätzten Höhe von rund 8 Millionen Euro.

Durch die befristete Regelung in § 421c SGB III entfällt die Anrechnung von Entgelten aus entsprechenden Nebenbeschäftigungen auf das Kurzarbeitergeld. Jedoch müssen die Arbeitgeber prüfen, ob das Soll-Entgelt nicht überstiegen wird. Da die Fallzahlen durch die Regelung vermutlich steigen werden, dürfte in Summe der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft in nicht quantifizierbarer Größe steigen.

Gleichzeitig entfällt für die Geltungsdauer der Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz der laufende Erfüllungsaufwand für die Abrechnung der erbrachten Leistungen und die Begründung neuer Rechtsverhältnisse.

Durch die Ausweitung des zeitlichen Rahmens für kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigung wird die Wirtschaft tendenziell entlastet, da sie kurzfristig Beschäftigte, die in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei sind, länger im Betrieb halten können.

Es ist daher davon auszugehen, dass insgesamt kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft entsteht.

**Verwaltung**

Für die Verwaltung ergeben sich ausgehend von 1,2 Millionen zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften im Bereich des SGB II und einer Dauer von 80 Minuten für die vereinfachte Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II Kosten von rund 100 Millionen Euro für die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Diese Ausgaben werden im Rahmen des bestehenden Gesamtansatzes des Gesamtbudgets SGB II erbracht und führen insofern nicht zu tatsächlichen finanzwirksamen Mehrbelastungen.
Für die Bearbeitung der Grundsicherungsbescheide der zu erwartenden 70 000 neuer Leistungsberechtigten, ist mit einer Dauer von jeweils 80 Minuten je Fall zu rechnen aufgrund des vereinfachten Bewilligungsverfahrens. Hierdurch entsteht ein einmaliger Erfüllungsaufwand aus Lohnkosten von 3,95 Millionen Euro (564 000 Euro je 10 000 Fälle) bei den Kommunen als Sozialhilfeträger entsteht. Hinzu kommt ein einmaliger Erfüllungsaufwand aus Sachkosten in Form von Porto- und Druckkosten für den neuen Leistungsbescheid in Höhe von 70 000 Euro (1 Euro je Fall).


Für die Verwaltung entsteht durch die Regelungen zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister einmaliger Erfüllungsaufwand für die Antragsprüfung und -bescheidung und für Nachprüfungen im Rahmen des Erstattungsanspruchs nach Absatz 4.

Für die Geltungsdauer der Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz entfällt gleichzeitig auch für die Verwaltung der laufende Erfüllungsaufwand für die Abrechnung der erbrachten Leistungen und die Begründung neuer Rechtsverhältnisse. Für die betroffenen Leistungsträger entsteht damit kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.


Durch die befristete Regelung in § 421c SGB III entfällt die Anrechnung von Entgelten aus entsprechenden Nebenbeschäftigungen auf das Kurzarbeitergeld, jedoch muss geprüft werden, ob das Soll-Entgelt der ursprünglichen Beschäftigung nicht überstieg und die Fallzahl wird vermutlich steigen.

Durch die befristete Ausweitung der Zeitgrenzen bei kurzfristiger Beschäftigung entsteht den Trägern den Sozialversicherungsträgern insbesondere aufgrund von Programmierarbeiten ein einmaliger Erfüllungsaufwand, der nicht beziffert werden kann.

6. Weitere Kosten

Der Wirtschaft, einschließlich mittelständischer Unternehmen, entstehen keine direkten sonstigen Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.
7. Weitere Gesetzesfolgen

Negative Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher sind durch die Änderungen nicht gegeben.


VII. Befristung; Evaluierung


Die Untersuchung der Wirkungen der Leistungen zur Eingliederung und der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist nach § 55 Absatz 1 SGB II gesetzlich normiert und ständige Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit. Eines gesonderten Evaluationsauftrages für die Regelungen des Artikels 1 bedarf es daher in diesem Gesetz nicht.


B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1

Folgeänderung zur Neufassung des § 67.

Zu Nummer 2

dige, besonders betroffen. Bei diesem Personenkreis bestehen in der Regel keine Ansprüche auf vorrangige Leistungen wie Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld oder Insolvenzgeld. Einkommenseinbußen, die zu Hilfebedürftigkeit führen, können aber auch z. B. durch die Einführung von Kurzarbeit entstehen.


Die vermittlerische Betreuung der selbständig tätigen Personen wird dabei auf die Unterstützung der Wiederaufnahme der bisherigen selbständigen Tätigkeit ausgerichtet. Es können dafür die für die Unterstützung des Einzelfalls notwendigen Leistungen zur Eingliederung erbracht werden.

Zu Absatz 1


Zu Absatz 2


Zu Absatz 3


Nach Ablauf von sechs Monaten findet die Frist des § 22 Absatz 1 Satz 3 Anwendung, wobei die zusätzliche Frist nach Satz 1 nicht mindernd wirkt. Danach werden die tatsächlichen Aufwendungen, auch soweit sie unangemessen sind, weiter als Bedarf anerkannt, solange es den Leistungsberechtigten nicht möglich oder nicht zumutbar ist, die Kosten zu senken.

Zu Absatz 4


Mit Satz 1 wird geregelt, dass über den Anspruch vorläufig - ohne Ermessen - stets für sechs Monate zu entscheiden ist. Damit können die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende die Bewilligung auch dann nicht auf weniger als sechs Monate verkürzen, wenn sie nach einigen Monaten eine Verbesserung der Einkommenssituation erwarten. Bei der Entscheidung sollte in Bezug auf die prognostizierten Verhältnisse nur eine vereinfachte Plausibilitätsprüfung erfolgen, um eine möglichst schnelle und unbürokratische Leistungsbewilligung zu gewährleisten.


Zu Absatz 5


Ist die Bewilligungsentscheidung für den Zeitraum, welcher dem Weiterbewilligungszeitraum vorausgeht, vorläufig gemäß § 41a ergangen, ergeht auch die Entscheidung zur Weiterbewilligung vorläufig. Der Grund für die ursprüngliche vorläufige Entscheidung gilt für die Weiterbewilligung fort.

Zu Absatz 6
Mit der vorgesehenen Verordnungsermächtigung wird der Bundesregierung die Möglichkeit geschaffen, die erleichterten Bedingungen abhängig von der Dauer der Krise bis zum 31. Dezember 2020 zu verlängern.

**Zu Artikel 2 (Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch)**

**Zu Nummer 1**

Folgeänderung zu Nummer 2.

**Zu Nummer 2**


Von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten zudem den trotz Zahlung des Kurzarbeitergeldes verbleibenden Entgeltausfall ganz oder teilweise durch die Aufnahme oder befristeten Ausweitung einer bereits bestehenden Nebenbeschäftigung ausgleichen. Dadurch kann auch die Notwendigkeit reduziert werden, aufstockendes Arbeitslosengeld II beantragen zu müssen.


Die Regelung zur Versicherungsfreiheit in der Arbeitsförderung berücksichtigt, dass Beschäftigte in Kurzarbeit bereits uneingeschränkt in die Arbeitslosenversicherung einbezogen sind (§ 24 Absatz 3 SGB III).

**Zu Artikel 3 (Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch)**

**Zu Nummer 1**

Folgeänderung zu Nummer 3.

**Zu Nummer 2**

Abweichend von § 64 Absatz 3 sollen die Selbstverwaltungsorgane und die besonderen Ausschüsse nach § 36a aus wichtigen Gründen schriftlich ohne Sitzung abstimmen können. Das gilt auch für die Vertreterversammlung und den Verwaltungsrat, ohne dass die Satzung dies für zulässig erklären muss. Das Widerspruchsrecht nach Absatz 3 Satz 3 gilt nicht.

Zum einen sind vermehrt dringende Beschlüsse zu fassen. Ein Fall ist dringend, wenn die Beschlussfassung nicht ohne Schaden oder Gefahr bis zur nächsten Sitzung des Organs aufgeschoben werden kann.

Zum anderen muss es für die Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungsträger möglich sein, Beschlüsse schriftlich ohne Sitzung zu fassen, solange Sitzungen aufgrund der Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von Infektionen mit dem Corona Virus SARS-CoV-2 nicht durchgeführt werden können.

Zu Nummer 3

Um Problemen bei der Saisonarbeit insbesondere im Bereich der Landwirtschaft durch die Corona-Krise Rechnung zu tragen, sollen die Zeitgrenzen für die geringfügige Beschäftigung in Form der kurzfristigen Beschäftigung auf eine Höchstdauer von fünf Monaten oder 115 Tagen ausgeweitet werden. Die Maßstäbe für die Prüfung der Berufsmäßigkeit, die für § 8 Absatz 1 Nummer 2 gelten, bleiben unverändert und verschärfen sich durch diese befristete Sonderregelung nicht.

Zwar kann eine Beschäftigung, die auf fünf Monate oder 115 Tage befristet ist, grundsätzlich nicht mehr als „kurzfristig“ bezeichnet werden; angesichts der besonderen Herausforderungen durch die Corona-Epidemie wird aber in der befristeten Ausnahmeregelung an der Begrifflichkeit festgehalten.


Zu Artikel 4 (Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch)


Die Regelungen zum Hinzuverdienstdeckel in § 34 SGB VI sind für das Kalenderjahr 2020 nicht anzuwenden.

Zu Artikel 5 (Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1

Die Änderung der Inhaltsübersicht ist wegen der Einführung neuer Vorschriften durch dieses Gesetz erforderlich.

Zu Nummer 2

Die inhaltliche Übernahme der Übergangsregelungen des SGB II für das Dritte und Vierte Kapitel des SGB XII stellt sicher, dass in beiden Existenzsicherungssystemen der Sozialhilfe ein dem SGB II vergleichbarer Schutz besteht. Die Regelungen erleichtern eine schnelle Hilfestellung für Personen, die ein der Altersgrenze entsprechendes Lebensalter bereits erreicht beziehungsweise überschritten haben oder zeitlich befristet beziehungsweise dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, wenn bei ihnen Einkommen wegfällt. Dies
kann Erwerbseinkommen aus Minijobs, Einkünfte aus künstlerischer oder sonstiger Tätig-
kheit oder anderen Einnahmequellen sein. Dadurch kann ein existenzsichernder Bezug von
Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII oder von
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII
völlig oder gänzlich notwendig werden. Von besonderer Relevanz sind die vergleichbaren Re-
gelungen für ältere Solo-Selbständige, die auch über die Regelaltersgrenze hinaus Tätig
heit und für Personen in gemischten Bedarfsgemeinschaften. Dies bezieht sich auf die
Prüfung, ob Hilfebedürftigkeit vorliegt und auf die Übernahme der tatsächlichen Aufwen-
dungen für Unterkunft und Heizung während der Krisenzeit, indem diese als angemessen
anerkannt werden. Dadurch sollen die Gemeinsamkeiten mit der Grundsicherung für Ar-
beitsuchende nach dem SGB II und damit zwischen den existenzsichernden Systemen auf-
rechterhalten werden.

Zu Absatz 1

Entsprechend der Übergangsregelung des SGB II gelten die besonderen Regelungen der
Absätze 2 bis 4 für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
nach dem Vierten Kapitel sowie der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel
des SGB XII, wenn der Bewilligungszeitraum in der Zeit vom 1. März 2020 bis zum 30. Juni
2020 beginnt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt die Aussetzung der Berücksichtigung von Vermögen für einen Zeitraum von
sechs Monaten für Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im
Alter und bei Erwerbsminderung, die in den Bewilligungszeiträumen nach Absatz 1 begin-
nen.

Insoweit findet der sozialhilferechtliche Nachranggrundsatz für einen begrenzten Zeitraum
nur eingeschränkt Anwendung. Während die Einkommensprüfung weiterhin erfolgt, sollen
für einen Zeitraum von sechs Monaten, die Leistungen unabhängig vom Einsatz des Ver-
mögens erbracht werden. Allerdings gilt dies nach Satz 2 nicht uneingeschränkt. Ist ein
erhebliches Vermögen vorhanden, liegt keine Leistungsberechtigung vor. Satz 2 beinhaltet
allerdings eine Vermutungsregelung, die davon ausgeht, dass kein erhebliches Vermögen
vorhanden ist. Diese ist anzuwenden, wenn Antragstellerinnen und Antragsteller dies im
Antrag erklären.

Von dieser Ausnahmeregelung abgesehen müssen Betroffene somit nicht erst ihr Vermö-
gen oder das Vermögen ihrer Partner, mit denen sie in einem gemeinsamen Haushalt le-
ben, einsetzen, bevor sie staatliche Hilfen für den Lebensunterhalt in Anspruch nehmen
können. Dadurch wird zugleich gewährleistet, dass die Leistungsbewilligung sich nicht
durch die manchmal zeitaufwendige Prüfung der Vermögensverhältnisse verzögert. Durch
die fortbestehende Berücksichtigung von Einkommen wird zudem sichergestellt, dass Per-
sonen, die Einnahmen aus Vermögen beziehen, wie beispielsweise Miete oder Zinsen, nur
dann zu Leistungsbezieherinnen und Leistungsbeziehern werden, wenn das Einkommen
unter dem Existenzminimum liegt.

Nach Ablauf von sechs Monaten, gerechnet ab dem ersten Tag des maßgeblichen Bewilli-
gungszeitraums nach Absatz 1, werden die existenzsichernden Leistungen unter Berück-
sichtigung von Vermögen nach den üblichen Vorschriften erbracht. Dies gilt auch dann,
wenng l der ab 1. März 2020 beginnende Bewilligungszeitraum über den 30. Juni 2020 an-
dauert.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt die Anerkennung von Bedarfen für Unterkunft und Heizung für die Bewilli-
gungszeiträume nach Absatz 1. Dabei entfällt für Wohnungen - anders als für die weiteren
in § 42a geregelten Unterkünfte - die Prüfung der Angemessenheit der Aufwendungen für


Zu Absatz 4

Werden existenzsichernde Leistungen nach dem SGB XII beantragt und steht die Höhe des Leistungsanspruchs beispielsweise aufgrund absehbar schwankenden Einkommens noch nicht fest, ist in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine vorläufige Leistungsbewilligung vorzunehmen, in der Hilfe zum Lebensunterhalt kommt eine vorschussweise Gewährung in Betracht. Die normalerweise erforderliche abschließende Entscheidung, für die zur vorläufigen Entschiedung führenden, nicht abschließend geklärten Sachverhalte (§ 44a Absatz 5 Satz 1 SGB XII), ergibt sich nur auf Antrag der leistungsbeziehenden Person. Dies gilt dann auch, wenn geringere Einkünfte prognostiziert werden, als tatsächlich im Bewilligungszeitraum zuführen.


Zu Absatz 5


Ist die Bewilligungsentcheidung für den Zeitraum, welcher dem Weiterbewilligungszeitraum vorausgeht, vorläufig gemäß § 44a Absatz 1 SGB XII ergangen, ergeht auch die Entscheidung zur Weiterbewilligung vorläufig. Der Grund für die ursprüngliche vorläufige Entscheidung gilt für die Weiterbewilligung fort.
Die Übergangsregelung wird auch auf die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII ausgedehnt, weil sich hier die gleiche Situation wie in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stellt. Weil für die Hilfe zum Lebensunterhalt aber weder das Antragsprinzip noch die Dauer von Bewilligungszeiträumen gesetzlich geregelt sind, gelten die Regelungen für das Vierte Kapitel des SGB XII der Sätze 1 bis 4 von Absatz 5 entsprechend und können damit auch auf eine vorschüssige Zahlung von Hilfe zum Lebensunterhalt angewendet werden.

Zu Absatz 6

Mit der vorgesehenen Verordnungsermächtigung wird der Bundesregierung die Möglichkeit geschaffen, die erleichterten Bedingungen abhängig von der Dauer der Krise bis zum 31. Dezember 2020 zu verlängern.

Zu Artikel 6 (Änderung des Bundeskindergeldgesetzes)


Die Anknüpfung an das Voreinkommen kann dazu führen, dass der Kinderzuschlag erst nach Ablauf von einigen Monaten, in denen Einkommen in entsprechender Höhe bezogen wird, zusteht.

Durch die Corona-Krise reduziert sich aktuell bei vielen Familien das Einkommen. Sie sind in Kurzarbeit, beziehen Arbeitslosengeld oder haben geringere Einkommen durch den Wegfall von Überstunden oder Zulagen oder verringerte Einnahmen als Selbständige.

Deshalb wird der Kinderzuschlag zeitlich befristet so umgestaltet, dass er für Familien, die in den Einkommensbereich der Leistung fallen, die aktuelle krisenbedingte Lebenslage besser erfasst.

Für die Familien, die Einkommenseinbrüche durch die Corona-Krise erleiden, soll ein Zugang zum Kinderzuschlag geschaffen werden, der die veränderte Lebenslage zeitnah zur Antragstellung abbildet und die plötzlich veränderte Situation in der Familie früher berücksichtigt. Einkommenseinbrüche sollen so besser verkraftet werden können.


Um die Familienkasse zu entlasten, soll außerdem eine einmalige Verlängerung für sogenannte Bestandsfälle mit dem höchstmöglichen Kinderzuschlag eingeführt werden, damit die Leistungen möglichst ohne Unterbrechung gewährt werden können.
Zu Nummer 1

§ 20 Absatz 4


Die Vorschrift wird zugleich befristet auf Fälle, in denen der Bewilligungszeitraum vor dem 1. Juli 2021 beginnt. Es wird davon ausgegangen, dass sich die allgemeine Lage bis dahin normalisiert hat und die Familienkasse wieder zeitnah über die Anträge entscheiden kann.

Zu Nummer 2

§ 20 Absatz 5

Im neuen § 20 Absatz 5 wird geregelt, dass ein bereits laufender sechsmonatiger Bewilligungszeitraum (sogenannter Bestandsfall) von Amts wegen einmalig verlängert wird, wenn der höchstmögliche Gesamtkinderzuschlag bezogen wird.

In diesen Fällen wird der Bewilligungszeitraum automatisch verlängert, ohne dass ein Antrag gestellt wird oder eine erneute Prüfung erfolgt. Angeknüpft wird vielmehr an die bereits erfolgte Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen, die ursprünglich zu der Bewilligung geführt hatte. Die Verlängerung erfolgt weiter in der Höhe des höchstmöglichen Gesamtkinderzuschlags, wie er bisher gewährt wurde. Überprüfungen oder Anpassungen, ob sich aktuell ein niedrigerer Anspruch ergeben würde, finden nicht statt.

Dadurch wird erreicht, dass die Berechtigten den Kinderzuschlag unkompliziert weiter beziehen können, ohne dafür erst noch Nachweise zusammenzutragen und einreichen und auf die Entscheidung der Verwaltung warten zu müssen. Dies entlastet die Berechtigten sowie die Verwaltung angesichts der aktuellen Krise und der aktuellen Einschränkungen, die zu Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Unterlagen auf Seiten der Berechtigten führen kann und die Bearbeitungssituation auf Seiten der Familienkasse weiter verschärfen kann.

Da die Verlängerung nur erfolgt, wenn für alle Kinder der höchstmögliche Gesamtkinderzuschlag bezogen wurde, ist die Regelung für die Berechtigten von Vorteil. Daher ist auch ein Antrag nicht erforderlich.

Zu § 20 Absatz 6:

Der neue § 20 Absatz 6 zielt darauf ab, dass mit dem Kinderzuschlag besser auf eine veränderte Einkommenssituation reagiert werden kann. Mit der befristeten Ausnahmeregelung zum sechsmonatigen Bemessungszeitraum sollen Familien bei Einkommensveränderungen möglichst bald den Kinderzuschlag erhalten können.

So können insbesondere Eltern, die aufgrund der Krise Kurzarbeitergeld beziehen oder sonst Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, mit dem Kinderzuschlag eher unterstützt werden. Auch bei Familien, die zuvor SGB II-Leistungen bezogen bzw. in „verdeckter Armut“ gelebt haben und nun eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben, wird die Einkommenssituation aktueller berücksichtigt.


Um dies zu ermöglichen, wird für eine Bewilligung das durchschnittliche Einkommen der letzten sechs Monate vor dem Bewilligungszeitraum berücksichtigt (sogenannter Bemessungszeitraum); das heißt, das Einkommen aus den letzten sechs Monaten ist zu summieren und durch sechs zu teilen.

Wenn der Kinderzuschlag fortlaufend bezogen wird, ist durch den sechsmonatigen Bemessungszeitraum gewährleistet, dass im Laufe der Zeit das gesamte Einkommen berücksichtigt wird. Durch die Annäherung an das Voreinkommen wird die Beantragung von Kinderzuschlag deutlich vereinfacht und die Familien können sich auf die bewilligten Leistungen verlassen.

Das kann dazu führen, dass der Kinderzuschlag erst nach Ablauf von ein paar Monaten bezogen werden kann. Eltern, die bisher zu viel für den Bezug von Kinderzuschlag verdient haben, oder die im SGB II-Bezug oder in der verdeckten Armut waren und erst seit Kurzem ein entsprechendes Einkommen erzielen, sollen deshalb in der derzeitigen unvorhersehbaren Krisensituation durch die Änderungen unterstützt werden.

Nach der Regelung soll daher ausnahmsweise statt an das Einkommen aus den letzten sechs Monaten vor Antragstellung an das aktuelle Einkommen der Eltern im letzten Monat vor Antragstellung angeknüpft werden.

Das Einkommen des letzten Monats vor Antragstellung ist dann maßgeblich für die Prüfung der Mindesteinkommensgrenze, für die Prüfung, ob mit Kinderzuschlag keine Hilfebedürftigkeit besteht, für die Prüfung, ob der erweiterte Zugang greift, für die Prüfung, ab wann der Kinderzuschlag wegen der Höhe des Elterneinkommens gemindert wird und für die Minderung des Kinderzuschlags aufgrund des Elterneinkommens. Zum Einkommen der Eltern gehören beispielsweise auch Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld, Elterngeld, Mutter- und Vaterschaftsgeld und BAföG.

Im Vergleich zu der Berücksichtigung der letzten sechs Monate kann sich durch die Berücksichtigung nur eines Monats auch ein geringerer Kinderzuschlag oder gar kein Kinderzuschlag ergeben. Sollte eine Familie dadurch unter das Existenzminimum fallen, so kann sie SGB II-Leistungen beziehen. Außerdem können durch die Regelung auch Personen, die in dem zu berücksichtigenden aktuellen Monat beispielsweise aufgrund von schwankenden Einkommen oder Nachzahlungen ein entsprechendes Einkommen haben – deren Einkommen aber für einen längeren Bezug insgesamt zu hoch oder gering ist – Kinderzuschlag beziehen. Eine Prüfung, welche Variante – Zugang unter Berücksichtigung des Bemes-
sungszeitraums von sechs Monaten oder Zugang unter Berücksichtigung eines Bemessungszeitraums von einem Monat - für den Antragstellenden günstiger ist, wird nicht durchgeführt.

Die neue Regelung bezieht sich nur auf die Ermittlung des Einkommens der Eltern. Das Einkommen des Kindes wird weiterhin anhand der sechs Monate vor Beginn des Bewilligungszeitraums ermittelt.

Eltern können über die neue Regelung auch Kinderzuschlag beziehen, wenn das Einkommen der Eltern aus dem letzten Monat vor Beginn des Bewilligungszeitraums so gering ist, dass nur über den erweiterten Zugang nach § 6a Absatz 1a Kinderzuschlag bezogen werden kann.


**Zu Nummer 3**

Redaktionelle Folgeänderung.

**Zu Artikel 7 (Änderung des Bundesversorgungsgesetzes)**

Zu Absatz 1


Zu Absatz 2


Dies ermöglicht eine unbürokratische Hilfe bei Einnahmeausfällen. In diesen Fällen sollen Betroffene gerade nicht erst ihr Vermögen einsetzen müssen, bevor staatliche Hilfen für den Lebensunterhalt in Anspruch genommen werden können. Dadurch wird zugleich gewährleistet, dass die Leistungsbewilligung sich nicht durch die manchmal zeitaufwendige Prüfung der Vermögensverhältnisse verzögert.


Zu Absatz 3

Zu Absatz 4


Zu Absatz 5


Zu Absatz 6

Mit der vorgesehenen Verordnungsermächtigung wird der Bundesregierung die Möglichkeit geschaffen, die erleichterten Bedingungen abhängig von der Dauer der Krise bis zum 31. Dezember 2020 zu verlängern.

Zu Artikel 8 (Änderung des Arbeitszeitgesetzes)

Die Neuregelung ermächtigt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit in außergewöhnlichen Notfällen mit bundesweiten Auswirkungen, insbesondere in epidemischen Lagen von nationaler Tragweite nach § 5 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes, angemessene arbeitszeitrechtliche Regelungen zu erlassen sowie die zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer notwendigen Bedingungen zu bestimmen.

Die bisher im Arbeitszeitgesetz vorgesehenen Ausnahmeregelungen reichen nicht aus, um auf außergewöhnliche Notfälle, insbesondere epidemische Lagen von nationaler Tragweite, schnell, effektiv und bundeseinheitlich reagieren zu können.
Diese Regelungen beziehen sich auf Tätigkeiten, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, des Gesundheitswesens und der pflegerischen Versorgung, der Daseinsvorsorge oder zur Versorgung der Bevölkerung mit existentiellen Gütern notwendig sind. Das schließt die entsprechenden Dienstleistungen ein.

Nicht jede Tätigkeit in den oben genannten Bereichen ist durch die Ausnahmeregelung erfasst. Die Tätigkeiten müssen vor dem Hintergrund des außergewöhnlichen Notfalls notwendig sein.

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung umfasst dabei vor allem die Funktionsfähigkeit von Gerichten und Behörden, insbesondere für Zwecke der Bekämpfung und Abmilderung der Notsituation und ihrer Auswirkungen sowie die Funktions- und Einsatzfähigkeit von Polizei, Grenzschutz, Not- und Rettungsdiensten sowie der Feuerwehr.


Existentielle Güter sind insbesondere Waren des täglichen Bedarfs (z. B. Lebensmittel einschließlich landwirtschaftlicher Produkte, Hygieneartikel oder Medikamente) oder Produkte, die zu Bekämpfung oder Milderung der unmittelbaren Auswirkungen der Notsituation notwendig sind. Umfasst sind unter anderem auch die Produktion, das Kommissionieren und die Lieferung solcher Güter. § 14 Absatz 1 und 2 bleibt durch die Neuregelung unberührt.


Zu Artikel 9 (Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte)

Durch die Corona-Krise besteht ein aktuell besonders hoher Bedarf an medizinischem Personal. Aber auch in anderen systemrelevanten Bereichen kann es zu Personalengpässen aufgrund von Erkrankungen oder Quarantäneanordnungen kommen. Das geltende Recht sieht Beschränkungen beim Zusammentreffen von Rente und Hinzuverdienst vor und könnte diejenigen, die in der aktuellen Situation mit ihrer Arbeitskraft Unterstützung leisten wollen, an ihrem Einsatz hindern.


Zu Artikel 10 (Gesetz über den Einsatz der Einrichtungen und sozialen Dienste zur Bekämpfung der Coronavirus SARS-CoV-2 Krise in Verbindung mit einem Sicherstellungsauftrag)

der besonderen Stellung der sozialen Dienstleister für den Sozialraum Rechnung getragen: Einerseits ist die Erbringung fürsorgerischer und sozialer Dienste aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen beeinträchtigt, andererseits sind die von sozialen Dienstleistern vorgehaltenen Kapazitäten unbedingt erforderlich, um vor Ort die notwendigen Hilfeleistungen sicherstellen zu können. Im Gegenzug muss gesetzlich sichergestellt werden, dass der Bestand der sozialen Dienste und Einrichtungen in diesem Zeitraum nicht gefährdet ist.

Aufgrund der bundesweit ergriffenen Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz ist der Bestand dieses Netzwerks an sozialen Dienstleistern (Sozialraum) gefährdet. Im Falle des Verlusts sozialer Dienstleister könnten die gesetzlich vorgesehenen von den Leistungsträgern bewilligten sozialen und fürsorgerischen Leistungen künftig nicht mehr erbracht werden.

Mit Artikel 10 wird ein besonderer Sicherstellungsauftrag der Leistungsträger für die sozialen Dienstleister geregelt, die Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern und anderen Gesetzen erbringen. Dieser besondere Sicherstellungsauftrag gilt nur, soweit die sozialen Dienste und Einrichtungen nicht mit vorrangigen verfügbaren Mitteln ihren Bestand absichern können, und nicht für die Leistungsträger nach dem Fünften und Elften Buch Sozialgesetzbuch.

Der besondere Sicherstellungsauftrag verursacht für die Leistungsträger grundsätzlich keine Mehrkosten gegenüber den bisher erwarteten Ausgaben. Die Wirkung der Regelung ist, dass das Haushaltsmittel nicht für die Erbringung von Leistungen, sondern für die Sicherstellung der Existenz der Dienstleister erbracht werden. Der besondere Sicherstellungsauftrag für soziale Dienstleister greift im Übrigen nur subsidiär gegenüber vorrangigen Möglichkeiten der Bestandssicherung.

Im Übrigen greift der Sicherstellungsauftrag für soziale Dienstleister erst, wenn diese in ihrem Bestand gefährdet sind; soweit ein Dienstleister seine originären Aufgaben auch in der Coronavirus SARS-CoV-2 Krise weiter erfüllt und dafür Vergütungen erhält, ist die Inanspruchnahme des Sicherstellungsauftrages und damit die Abgabe der Erklärung zur Bereitstellung seiner Kapazitäten zur Krisenfolgenbewältigung nicht erforderlich.


Zu § 1 (Einsatz sozialer Dienstleister zur Krisenbewältigung)

Zuschüsse nach diesem Gesetz sind nur dann zu gewähren, wenn die sozialen Dienstleister mit dem Antrag die Erklärung abgeben, dass sie unter Ausschöpfung aller nach den Umständen zumutbaren Möglichkeiten unter Berücksichtigung rechtlicher Rahmenbedingungen (z. B. arbeitsrechtliche Bestimmungen) Arbeitskräfte, Räumlichkeiten und Sachmittel in Bereiche zur Verfügung zu stellen, die für die Bewältigung von Auswirkungen der Pandemie einzusetzen sind, insbesondere in der Pflege, und in sonstigen gesellschaftlichen und sozialen Bereichen (z. B. die Unterstützung bei Einkäufen, Begleitung bei Arztbesuchen, telefonische Beratung in Alltagsangelegenheiten). Erfordert die Coronavirus SARS-


Zu § 2 (Sicherstellungsauftrag der Leistungsträger)


Zu § 3 (Umsetzung des Sicherstellungsauftrages)

nach § 4 zu Erstattungsforderungen führen würden. Damit wird sich die tatsächliche Zu-
schusshöhe im Regelfall in einem Bereich bewegen, der aufgrund von vorrangig zufließe-
den Mitteln im Bereich von 50 Prozent bis 75 Prozent des Monatsdurchschnitts liegt. Ins-
besondere Einrichtungen, die Leistungen der Behindertenhilfe im Zuständigkeitsbereich der
Länder und Kommunen erbringen, werden in Absprache mit den örtlichen Leistungsträgern
Möglichkeiten für eine krisenbedingt modifizierte Leistungserbringung nutzen können. Der
Antrag und die Entscheidung können sich auch auf Zeiträume beziehen, die vor dem Zeit-
punkt der Antragstellung liegen, damit alle Zeiträume nach Absatz 2 erfasst werden.

Zu § 4 (Erstattungsanspruch)

Der in § 4 vorgesehene Erstattungsanspruch ist eine spezialgesetzliche Konkretisierung
des allgemeinen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs. Die nach § 3 gewährten Zu-
schüsse sind nicht zurückzuzahlen und sind deshalb mit verlorenen Zuschüssen vergleich-
bar. Dennoch soll eine ungerechtfertigte Bereicherung der Empfänger von Zuschüssen ver-
mieden werden. Nach § 4 wird daher der tatsächliche Zufluss von vorrangigen Mitteln ge-
prüft. Der tatsächliche Mittelzufluss aus vorrangigen Mitteln ist rein rechnerisch darstellbar
und ohne großen Bewertungsaufwand festzustellen. Auf die Frage, ob tatsächlich nicht rea-
lisierte vorrangige Mittel hätten in Anspruch genommen werden müssen, kommt es bei
der Prüfung nach § 4 nicht an. Der Erstattungsanspruch entsteht frühestens drei Monate
nach dem Ende des besonderen Sicherstellungsauftrages.

Nach § 4 ist der besondere Sicherstellungsauftrag in seiner Wirkung nachrangig gegenüber
den allgemeinen Handlungsmöglichkeiten der Leistungsträger, den Bestand sozialer
Dienstleister zu sichern. Die Leistungsträger sollen die sozialen Dienstleister dabei unter-
stützen, ihren Bestand nach eigenen Kräften im Rahmen der Möglichkeiten nach den Num-
mern 1 bis 4 zu sichern.

Zu § 5 (Zuständigkeit und Geltungsdauer)

Nach § 5 ist die Geltungsdauer des besonderen Sicherstellungsauftrages begrenzt bis zum
30. September 2020. Um auf die derzeit noch nicht absehbare Notwendigkeit zur Verlän-
gerung von Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz schnell reagieren zu können,
will die Bundesregierung ermächtigt, die Dauer des besonderen Sicherstellungsauftrages
zu verlängern, indem durch Rechtsverordnung ein späterer Zeitpunkt für das Ende des Gel-
tungszeitraums bestimmt wird. Entscheidungen nach § 3 über die Gewährung von Zu-
schüssen unterliegen der zeitlichen Beschränkung nach diesem Absatz und den nach die-
sem Absatz erlassenen Rechtsverordnungen. Sofern vor dem Ende des Geltungszeitraums
Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz in einem Bundesland auslaufen, endet un-
geachtet dieses Absatzes bereits der besondere Sicherstellungsauftrag, weil die Maßnah-
men nicht mehr den Betrieb, die Ausübung, die Nutzung oder die Erreichbarkeit von Ange-
boten der sozialen Dienstleister beeinträchtigen.

Zu Artikel 11 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Zu Absatz 1

Die Vorschrift regelt das grundsätzliche Inkrafttreten der Vorschrift.

Zu Absatz 2

Die Regelungen des Artikels 4 (SGB VI), des Artikels 8 (Arbeitszeitgesetz) und des Arti-
kels 9 (Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte) sollen ausschließlich für im Kalen-
derjahre 2020 erzielte Hinzuverdienste Anwendung finden.
Zu Absatz 3
